

An den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Ingo Wolf
Innenministerium NRW

40190 Düsseldorf

Vorab per E-Mail

Bochum, den 03.11.2009

Abschiebestopp für den Staat Guinea-Conakry

Sehr geehrter Herr Dr. Wolf,

in Nordrhein-Westfalen befinden sich zur Zeit mehrere Flüchtlinge aus dem westafrikanischen Guinea in Abschiebehaft; mindestens eine Abschiebung steht unmittelbar für Anfang November bevor. Die unterzeichnenden Organisationen und Einzelpersonen möchten daher die Landesregierung auffordern, auf die Lage in Guinea zu reagieren und die Abschiebungen auszusetzen und damit die Entlassung der Abschiebehaftlinge zu ermöglichen.

Begründung:

Am 24. Dezember letzten Jahres – nach dem Tod des vorherigen Staatspräsidenten, der ebenfalls durch einen Putsch an die Macht gelangt war – wurde die Macht in Guinea-Conakry von einer Militärjunta, dem *Conseil National pour la Démocratie et le Développement* (Nationaler Rat für Demokratie und Entwicklung – CNDD) übernommen. Die Lage hat sich dort seitdem beständig weiter verschlechtert.

So schilderte bereits im April dieses Jahres ein Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch eine Reihe von Übergriffen des guineischen Militärs auf die Zivilbevölkerung.¹

Am 28. September eröffnete schließlich das Militär in Guinea das Feuer auf eine Großveranstaltung der Oppositionsparteien, die in einem Fußballstadion stattfand. Medienberichten zufolge starben dabei mindestens 157 Personen, mehr als 1200 Menschen wurden verletzt. Frauen wurden von Soldaten sowohl in aller Öffentlichkeit als auch in der Kaserne vergewaltigt, Oppositionsführer wurden angeschossen und verprügelt, eine größere Zahl von Personen wurde verhaftet. Es wurde über Folterungen in Haft berichtet.²

Der Führer der Militärjunta, Hauptmann Moussa Dadis Camara, der derzeitiger Regierungschef ist, gab sich zwar betroffen, wies die Verantwortung jedoch letztlich der Opposition zu.

In der derzeitigen explosiven Situation in Guinea haben im vergangenen Monat (d.h. in der Zeit danach) Unbekannte begonnen, gezielt Morde zu verüben – berichtet wurde von mindestens 18 Personen, die ermordet wurden; betroffen waren sowohl Kreise der Opposition als auch der Machthaber. Eine Agenturmeldung zitiert in diesem Zusammenhang eine Quelle, die von „Todesschwadronen“ spricht, die bewusst Angst verbreiteten.³

Anderen Meldungen zufolge suchen viele Familien immer noch ihre Angehörigen, die seit dem 28. September „verschwunden“ sind und die sich möglicherweise im Camp Alpha Yaya,

¹ <http://www.hrw.org/en/news/2009/04/27/guinea-rein-soldiers>

² Ein zusammenfassender Zeitungsbericht findet sich unter anderem hier:

http://www.nzz.ch/nachrichten/international/die_armee_gegen_das_volk_in_guinea_1.3769881.html

³ <http://af.reuters.com/article/topNews/idAFJOE59N02O20091024>

d.h. dem Sitz der Militärregierung, in dem schon früher berüchtigten Gefängnis auf der Insel Kassa, im Zentralgefängnis oder an anderen Orten in Haft befinden.⁴

Zudem treibt die Militärjunta in Guinea nach verschiedenen Berichten gefährliche ethnische Spaltungen voran, nicht zuletzt durch den Einsatz früherer Bürgerkriegskämpfer aus Liberia, die ebenfalls an dem Massaker in dem Fußballstadion beteiligt gewesen sein sollen.

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat mittlerweile Ermittlungen aufgenommen, die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) und nun auch die EU haben Sanktionen gegen Guinea verhängt.

Die Lage in Guinea wird deutlich als äußerst unsicher eingeschätzt: Die USA und eine Reihe europäischer Länder – zumindest Großbritannien, Frankreich, Spanien und Deutschland (!) – raten zurzeit nicht nur von Reisen nach Guinea ab, sondern empfehlen ihren Staatsangehörigen, das Land zu verlassen.⁵ Großbritannien rät seinen Staatsangehörigen sogar, „alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel“ zu nutzen, um Guinea zu verlassen.

Trotz allem besteht offenbar die Absicht, von Deutschland aus weiterhin nach Guinea abzuschicken.

Allerdings war in den letzten Tagen die Auskunft zu erhalten, es sei die Frage, ob Abschiebungen nach Guinea derzeit überhaupt möglich seien; begleitenden (deutschen) Beamten werde wahrscheinlich kein Visum für Guinea erteilt. Dies verstärkt den Eindruck, dass hier Menschen für das „Verbrechen“, nach Deutschland geflüchtet zu sein, willkürlich in Haft gehalten werden.

Menschen, die in ihren Herkunftsländern mit dem Tode bedroht, verfolgt, verhaftet, gefoltert wurden oder aus anderen Gründen fliehen mussten, wurde die Asylanerkennung hier zunehmend erschwert. Die deutsche Abschiebepaxis ignoriert weiterhin nur allzu häufig die tatsächliche Lage in den Ländern und setzt die Geflüchteten einer erneuten Gefährdung aus.

Die unterzeichnenden Organisationen und Einzelpersonen appellieren daher an Sie, in diesem Zusammenhang von den Möglichkeiten Gebrauch zu machen, die Ihnen im Rahmen des Aufenthaltsgesetzes auf Landesebene zur Verfügung stehen, und die Abschiebungen nach Guinea auszusetzen. Weiterhin bitten wir Sie, sich bei Ihren Kollegen in den anderen Bundesländern für eine entsprechende bundeseinheitliche Regelung einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

ADIA e. V. (Amicale de la Diaspora des Ivoiriens d'Allemagne), Köln

Africa Positive e. V. / Magazin, Dortmund

AK Asyl e.V. Bielefeld

Attac Regionalgruppe Dortmund

⁴ <http://www.jeuneafrique.com/Article/DEPAFP20091023T155631Z/-justice-opposition-manifestation-massacre-En-Guinee-la-longue-recherche-de-dizaines-de-disparus.html>

⁵ Unter anderem nachzulesen auf der Website des Auswärtigen Amts: „Allen Deutschen in Guinea wird empfohlen, das Land zu verlassen.“ (<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Guinea/Sicherheitshinweise.html>)

Bündnis 90/Die Grünen/Stadtverband Paderborn

Bürengruppe Paderborn

Burkhard Beilenhoff, Dortmund

Communauté des Burkinabè à Hambourg e. V. (CBH e.V), Hamburg

Cosmoproletarian Solidarity, Hamburg

DAKO e.V. (Deutsch-Afrikanische Kooperation), Köln

Deutsch-Guineischer Verein Rhein-Main (AGA e.V.)

Anabela Dias, Unna

Eine-Welt-Forum Münster e.V., Münster

Flüchtlingsrat Paderborn, Paderborn

Reinhard Borgmeier, Sprecher des Flüchtlingsrats Paderborn

Robert Lühker, Vorstandsmitglied des Flüchtlingsrats Paderborn

Flüchtlingsrat Wiesbaden, Wiesbaden

Fottal eh Pottal e V., Düsseldorf

Ghana.humanright, Hamburg

Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V., Büren

Integrationsrat der Kreisstadt Unna

Interkulturelles Solidaritätszentrum Essen e.V. – Anti-Rassismus-Telefon, Essen

Karl-Heinz Hoffmann, Flüchtlingsreferent im Kirchenkreis Herne

kein mensch ist illegal Köln

kein mensch ist illegal, Wuppertal

Kenia-Hilfe-Köln e.V.

DIE LINKE. Kreisverband Soest

Für den Ortsverband DIE LINKE Warstein, der SprecherInnenrat:

Christel Spanke, Warstein

Elisabeth Umezulike, Sichtigvor

Manfred Weretecki, Sichtigvor

Hans-Otto Spanke, Warstein

Niema Movassat, MdB, Fraktion DIE LINKE

Mama Afrika e. V., Köln

MediNetzBonn e.V., Medizinische Beratungs- und Vermittlungsstelle für Flüchtlinge, Bonn

Rainer Mückenhoff-Kuhn, Dortmund

Clemens Niemann, Herford

Projektbereich Eine Welt an der Universität Paderborn

Roteboerde.de, Web- und Newsportal Kreis Soest

Stay! e.V., Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative

Susanne Sperling, Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Wuppertal

Transnationales Aktionsbündnis, Bochum

United Sierra Leoneans Hamburg e. V.